

Ressort: Finanzen

Breiter Widerstand gegen höhere Besteuerung reicher Erben

Berlin, 28.01.2013, 07:09 Uhr

GDN - Die Koalition und der Bund der Steuerzahler sehen keinen Bedarf für eine spürbare Erhöhung der Erbschaftsteuer. Entsprechenden Überlegungen von SPD und Grünen erteilten sie eine klare Absage.

Gerecht sei, den Bürgern dort etwas zurückzugeben, wo der Staat sich durch rein inflationsbedingte Mehreinnahmen bereichere, sagte der finanzpolitische Sprecher der Union-Bundestagsfraktion, Klaus-Peter Flosbach (CDU), "Handelsblatt-Online". Leider hätten SPD und Grüne über den Bundesrat eine solche Entlastung verhindert. "Stattdessen geht der Opposition nur durch den Kopf, wie man die Bürgerinnen und Bürger noch weiter schröpfen kann." Speziell bei der Erbschaftsteuer betrügen die Steuersätze je nach Höhe des Vermögens und Verwandtschaftsgrad bis zu 50 Prozent, gab Flosbach zu bedenken. Für die Erben von unternehmerischen Vermögen seien zudem Begünstigungen unter klar definierten Regeln vorgesehen. So müsse der ererbte Betrieb über mehrere Jahre fortgeführt werden und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. "Hieran wollen wir festhalten", betonte der CDU-Politiker. "Es ist niemandem gedient, wenn ein Unternehmen zwangsverkauft werden muss, um die Erbschaftsteuerschuld begleichen zu können." Der Vize-Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Volker Wissing griff insbesondere die Grünen an. Die Erbschaftsteuer sei bereits bei der Aussetzung der Vermögensteuer erhöht worden, um die zu erwartenden Einnahmeverluste auszugleichen, sagte Wissing "Handelsblatt-Online". Die Grünen forderten jetzt nicht nur die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Form einer Vermögensabgabe, sondern auch noch die weitere Anhebung der Erbschaftsteuer. "Mit dieser Steuererhöhungsorgie sind die Grünen auf bestem Wege, Arbeit und Leistung zu einem Straftatbestand zu machen." Der Steuerzahlerbund hält den grünen Weg ebenfalls für falsch. Verbandspräsident Reiner Holznagel kündigte an, in den nächsten Wochen selbst einen konkreten Vorschlag unterbreiten zu wollen. "Dieser Vorschlag wird aber nicht das Ziel verfolgen, die Steuereinnahmen für den Staat zu erhöhen", sagte Holznagel "Handelsblatt-Online". Ohnehin nehme der Staat gerade so viel Steuern ein, wie nie zuvor. "Eine höhere Erbschafts- und Schenkungsteuer ist deshalb nicht notwendig."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-6604/breiter-widerstand-gegen-hoehere-besteuerung-reicher-erben.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619